Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

189 (15.8.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dutz, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 189 — Montag, den 15. August 1932 — 104. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Die Verhandlungen über eine Regierungsbildung mit Adolf Hitler sind ergebnislos verlaufen. Reichspräsident von Hindenburg lehnte die Forderung Hitlers auf volle Staatsgewalt ab.

*

Der Reichspräsident ist am Samstag abend wieder nach Neudeck abgereist. Er sicherte bei seiner Abreise dem Reichskanzler von Papen tatkräftige Unterstützung bei den kommenden Regierungsarbeiten zu.

*

Adolf Hitler hat am Samstag abend Berlin verlassen. In einer Erklärung begründet die NSDAP. ihre Ansprüche und Stellungnahme.

*

Zur Bekämpfung des politischen Terrors hat der kommissarische preußische Innenminister Dr. Bracht einen Runderlaß an alle Polizeibehörden gerichtet.

*

Zur Sicherung der Herbstdüngung hat der Reichspräsident am Samstag eine Verordnung erlassen.

*

Das Wrack des Segelschulschiffes „Niobe" ist angehoben und unter Wasser elf Seemeilen in Richtung Kiel transportiert worden.

Runderlaß zur Bekämpfung des politischen Terrors

Berlin, 14. Aug. Zur Bekämpfung des politischen Terrors hat der kommissarische preußische Innenminister **Dr. Bracht** folgenden Runderlaß an alle Polizeibehörden einschließlich Landjägerei gerichtet, in dem es u. a. heißt:

Nachdem die Verordnung des Reichspräsidenten gegen politischen Terror vom 9. August 1932 ergangen ist, haben die Polizeibehörden und Landjägerbeamte alle Kräfte und alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen, **um jeden Fall eines Terroraktes auf dem schnellsten Wege aufzuklären.**

Die bestehenden landeskriminalpolizeilichen Bestimmungen bieten eine vollkommen ausreichende Grundlage zur Erfüllung dieser Aufgabe. Sie geben dafür Gewähr, daß im gesamten Staatsgebiete, insbesondere auch in kleineren Städten und auf dem flachen Lande, die mit allen technischen Hilfsmitteln ausgerüsteten großstädtischen Kriminalpolizeien jederzeit eingreifen können.

Die LKP.-Stellen werden angewiesen, falls erforderlich, eine **Mordkommission** zu entsenden. Sie haben zu diesem Zwecke eine ausreichende Anzahl von Mordkommissionen in ständiger Bereitschaft zu halten.

Zur Unterstützung dieser Mordkommissionen der LKP.-Stellen sind für den Bezirk jeder Landjäger-Inspektion eine oder nach Bedarf mehrere Hilfsmordkommissionen aus den Reihen der dafür vorgebildeten und besonders geeigneten Landjägerbeamten zu bilden. Die Hilfsmordkommissionen müssen aus mindestens drei Beamten bestehen. Sie sind mit dem gesamten erforderlichen, im Bezirk der Landjägerinspektionen zur Verfügung stehenden kriminaltechnischen Gerät auszustatten.

Die **Hilfsmordkommissionen** sind an einem für das fragliche Gebiet möglichst günstig gelegenen Orte ständig bereitzuhalten und mit einem in ständiger Fahrbereitschaft befindlichen Kraftwagen auszurüsten. Für dauernde Fernsprechverbindung ist zu sorgen. Ausreichende Ablösung ist sicherzustellen.

Die Regierungspräsidenten regeln nach Anhörung der LKP.-Stelle umgehend etwa erforderliche Einzelheiten.

Größere Gemeindepolizei-Verwaltungen haben, soweit noch nicht vorhanden, eigene Mordkommissionen zu bilden.

Bei den anderen Gemeindepolizei-Verwaltungen mit eigenen Kriminalbeamten sind diese Beamten zur Aufklärungsarbeit in vollem Umfange heranzuziehen

*

Zwei Bombenanschläge in Dresden

Dresden, 13. Aug. Vor dem kommunistischen Parteibüro in der Columbusstraße und vor einem Hause in der Sorbenstraße wurde am Freitag nacht je eine Bombe zur Explosion gebracht, wodurch einiger Sachschaden angerichtet wurde. Bei dem Anschlag in der Columbusstraße wurde **ein Mann schwer verletzt.**

Die erste Verhandlung des Beuthener Sondergerichts nicht vor Mittwoch.

T.U. **Beuthen**, 14. Aug. Die erste Verhandlung des hiesigen Sondergerichts, durch das bekanntlich die Aburteilung von neun Personen erfolgen soll, die unter dem Verdacht stehen, den Kommunisten Pietzuch in Potempa ermordet zu haben, dürfte, wie wir erfahren, nicht vor Mittwoch stattfinden. Die endgültige Festsetzung des Verhandlungstermins wird erst erfolgen, wenn der Antrag der Staatsanwaltschaft beim Sondergericht eingegangen ist, womit im Laufe des Montag gerechnet wird.

*

Ruhiger Sonntag in Berlin.

T.U. **Berlin**, 14. Aug. Der Sonntag ist in Berlin soweit bisher festgestellt werden konnte, völlig ruhig verlaufen. Es haben sich nur einige kleinere Zusammenstöße ereignet, bei denen insgesamt 17 Personen festgenommen wurden. 12 von ihnen befanden sich am Sonntag abend noch in Haft.

Die Verhandlungen mit Hitler gescheitert

Hindenburg lehnt Hitlers Verlangen nach absoluter Staatsgewalt ab

Berlin, 14. Aug. Amtlich wird mitgeteilt:

Reichspräsident von Hindenburg empfing am Samstag nachmittag in Gegenwart des Reichskanzlers von Papen den Führer der NSDAP., Adolf Hitler, zu einer Besprechung über die politische Lage und die Frage einer Umbildung der Reichsregierung.

Der Reichspräsident richtete an Hitler die Frage, ob er bereit sei, selbst sowie mit anderen geeigneten Persönlichkeiten der NSDAP. in die von dem Reichskanzler von Papen geleitete Regierung einzutreten. Herr Hitler verneinte dies und stellte an den Herrn Reichspräsidenten die Forderung, ihm die Führung der Reichsregierung und die gesamte Staatsgewalt in vollem Umfange zu übertragen.

Reichspräsident von Hindenburg lehnte diese Forderung sehr bestimmt mit der Begründung ab,

daß er es vor seinem Gewissen und seinen Pflichten dem Vaterlande gegenüber nicht verantworten könne, die gesamte Regierungsgewalt ausschließlich der nationalsozialistischen Bewegung zu übertragen, die diese Macht einseitig anzuwenden gewillt sei. Er bedauerte, daß Herr Hitler sich nicht in der Lage sehe, entsprechend seinen vor den Reichstagswahlen gegebenen Erklärungen eine vom Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten berufene nationale Regierung zu unterstützen.

Die Aussprache schloß alsdann mit einer sehr ernsten Mahnung des Reichspräsidenten an Hitler, die von ihn angekündigte Opposition der NSDAP. ritterlich zu führen und seiner Verantwortung vor dem Vaterlande und vor dem deutschen Volke bewußt zu bleiben.

*

Die Vorgänge am Samstag

Berlin, 14. Aug. Der Verlauf des Samstags in der Reichshauptstadt bildete eine dramatische Aufeinanderfolge wechselnder Situationen. In den frühen Morgenstunden neigten die amtlichen Kreise zu **Optimismus**, indem sie, was auch in anderen politischen Gruppen geschah, der Wendung vom Freitag abend, durch die die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen den Vorstoß des Zentrums abbogen, die Auslegung gaben, daß eine Verständigung zwischen Reichspräsidenten und Reichsregierung auf der einen und der nationalsozialistischen Führung auf der anderen Seite sehr wohl möglich sei. Man wußte ja nicht, ob **Hitler selbst** sich in vollem Maße der Forderung seiner Unterführer nach dem Kanzleramt für ihn zu eigen gemacht hatte

Adolf Hitler fand sich gegen 10 Uhr vormittags im Reichswehrministerium beim Reichswehrminister **von Schleicher** ein. Die Aussprache bei Schleicher hat etwa eine Stunde gedauert. Amtlich wird über das Ergebnis **nichts** bekanntgegeben. Es verlautet jedoch, daß von Schleicher den nationalsozialistischen Führer **mit den Plänen Hindenburgs und von Papens bekanntgemacht habe**, demgegenüber Hitler, genau wie es in der letzten Zeit in allen nationalsozialistischen Aeußerungen hieß, auf Grund der 14 Millionen Stimmen der NSDAP. das **Reichskanzleramt beanspruchen zu müssen erklärte, also „die volle Verantwortung und die volle Macht", andernfalls sehe sich die NSDAP. zur Kampfansage gegen jede andere Regierung gezwungen.**

Um 11.30 Uhr begann die Besprechung zwischen **Hitler** und **Reichskanzler von Papen**, die etwa zwei Stunden dauerte. Dieser Aussprache wurde um so größere Bedeutung beigemessen, als feststand, daß damit die letzte entscheidende Besprechung, nämlich der Empfang bei Hindenburg, der auf den Nachmittag angesetzt war, immer näher heranrückte. Stundenlang wartete in der Wilhelmstraße das Publikum. Zu irgend welchen Störungen der Ruhe ist es aber nicht gekommen. Je länger die Unterredung in der Reichskanzlei dauerte, je höher stieg in allen politischen Kreisen die Fieberkurve der Erwartung. Wenn man die Stimmung kennzeichnen will, dann kann man nur so formulieren, daß, während die einen aus der Dauer der Unterredung auf eine durchaus vorhandene „Verhandlungsbereitschaft" Hitlers schlossen, die anderen darin vielmehr das Emporwachsen immer neuer Schwierigkeiten erkennen zu können glaubten. In diesem Zusammenhang muß man es sehen, wenn von einer den amtlichen Stellen nahestehenden Nachrichtenagentur gemeldet wurde, daß **bereits alle Verhandlungen mit Hitler gescheitert seien.** Es war dies eine voreilige Deutung der Lage, da man die letzte Entscheidung der Begegnung zwischen Hindenburg und Hitler beimessen mußte. Das ist natürlich über allem Zweifel, **daß die Reichsregierung nichts unversucht gelassen hat, um, wenn nur irgend möglich, die Dinge doch noch zum Besseren zu wenden. Hitler hat sich aber bis zum Schluß unversöhnlich gezeigt.**

Es dauerte eine Weile, bis die **erste Mitteilung über den Ausgang der Unterredung** herausgegeben wurde. Sie lautete nur ganz kurz im Amtsstil, daß unter den Persönlichkeiten eine Beratung stattgefunden hatte. Und es dauerte eine weitere Viertelstunde, bis in den der Reichsregierung nahestehenden Kreisen die Auffassung zum Vorschein kam, daß **bei dem noch ausstehenden Empfang die Entscheidung erst fallen könne, denn erst dort würden die letzten Möglichkeiten ausgeschöpft werden.**

Nachdem der Führer der NSDAP. die Reichskanzlei verlassen hatte, nahm der Reichskanzler eine kurze Pause in den Beratungen wahr, um dem Reichspräsidenten einen Zwischenbericht zu erstatten. In der fünften Nachmittagsstunde erfolgte sodann **die historische Zusammenkunft zwischen dem Reichspräsidenten und Hitler**, über deren Ausgang wir die **amtliche Verlautbarung** bereits oben anführten. Sie endigte mit einer Ablehnung der Forderungen Hitlers auf volle Staatsgewalt seitens des Reichspräsidenten, der erklärte, daß er auf ein solches Verlangen aus Gewissensgründen nicht eingehen könne. Die Konferenz dauerte 16 Minuten. Draußen stand wieder eine große Menge von Neugierigen. Die Nachricht von dem völligen Scheitern der Verhandlungen verbreitete sich mit Windeseile. **Das Kabinett Papen bleibt nun im Amt**, und über den weiteren Gang der Dinge läßt sich zur Zeit noch nichts Bestimmtes sagen.

*

Was nun?

Nach dem Scheitern der Verhandlungen mit Hitler — Das Kabinett Papen bleibt im Amt

Berlin, 14. Aug. Das negative Ergebnis, mit dem der Empfang Adolf Hitlers beim Reichspräsidenten abgeschlossen hat, war für die politischen Kreise der Reichshauptstadt **keine Ueberraschung.** Daß eine Verständigung nicht gelungen ist, **wird in den Kreisen der Reichsregierung außerordentlich bedauert.** Man unterstreicht, daß der Reichskanzler

wirklich die Arme weit aufgemacht habe, um dem Führer der nationalsozialistischen Bewegung eine aktive und positive Mitarbeit am nationalen Wiederaufbau zu ermöglichen.

Adolf Hitler hat in dieser entscheidenden Stunde geglaubt, sich versagen zu müssen. Das Bedauern darüber ist in amtlichen Kreisen um so lebhafter, als es die Regierung Papen gewesen ist, die durch die Auflösung des Reichstags, die Aufhebung des SA.-Verbots und die Freigabe des Rundfunks auch für die nationalsozialistische Bewegung sehr viel getan hat, um die Annäherung des Nationalsozialismus an den Staat zu fördern. Diese Linie sollte heute zu einem gewissen Abschluß gebracht werden, indem auch den nationalen Kräften des Nationalsozialismus Gelegenheit zu einer maßgeblichen Beteiligung an der Führung des Reiches geboten wurde. Das war der Sinn der Verhandlungen, die nun gescheitert sind.

In politischen Kreisen beschäftigt man sich nun natürlich mit der Frage, wie die Entwicklung jetzt weitergehen werde. In der Wilhelmstraße wird betont, **daß das Reichskabinett in seiner bisherigen Zusammensetzung weiter arbeiten werde, um die drängenden nationalen Fragen zu lösen. Es ist selbstverständlich, daß die Reichsregierung dafür sorgen wird, daß Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten bleiben.**

Der Herr **Reichspräsident** brachte vor seiner Abreise nach Neudeck gegenüber dem Reichskanzler, der sich von ihm verabschiedete, zum Ausdruck, daß, nachdem nunmehr Klarheit über die politische Lage geschaffen sei, **mit der größten Beschleunigung die zur Behebung der Arbeitslosigkeit vordringlichen Arbeiten gefördert werden müßten. Der Herr Reichspräsident erklärte hierbei dem Reichskanzler, daß er seiner tatkräftigen Unterstützung bei der Erledigung dieser Aufgaben gewiß sein könne.**

*

Der Reichspräsident nach Neudeck abgereist

Berlin, 14. Aug. Der Herr Reichspräsident hat am Samstag abend 7.31 Uhr mit dem fahrplanmäßigen Ostpreußen-Zug Berlin verlassen und sich für einige Zeit wieder nach Neudeck begeben.

*

Die Antwort der NSDAP.

Berlin, 14. Aug. Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP. teilt mit: **Der Führer** wurde heute zu Besprechungen zum **Reichskanzler von Papen** und im Anschluß daran zum **Reichspräsidenten von Hindenburg** gebeten. Auf die ihm vorgelegten Fragen, ob er und die Partei bereit seien, in eine Regierung von Papen zur Mitarbeit einzutreten, erklärte der Führer:

Wir sind gewillt und entschlossen, die volle Verantwortung für die deutsche Politik in jeder Beziehung zu übernehmen, wenn man uns dafür die eindeutige Führung der Regierung anvertraut. Ist das nicht der Fall, so kann die nationalsozialistische Bewegung weder an der Macht noch an der Verantwortung teilnehmen. Insbesondere kommt ein Eintritt in die Regierung von Papen für die Partei nicht in Frage.

Da der Reichspräsident von Hindenburg es ablehnte, die nationalsozialistische Bewegung als stärkste Partei mit der Führung der Regierung zu betrauen, wurden die Verhandlungen als ergebnislos abgebrochen. Die nunmehr getroffenen Maßnahmen für die weitere Fortführung des Kampfes der nationalsozialistischen Bewegung werden in einer in der kommenden Woche stattfindenden Führertagung bekanntgegeben werden.

Adolf Hitler verließ noch am Samstag Berlin.

*

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Unterredungen von Papens und Schleichers.

T.U. **Kopenhagen,** 14. Aug. Die „Berlinske Tidende“ bringt eine Unterhaltung des englischen Oberst Stirling mit dem Reichskanzler von Papen. Das Blatt bemerkt einleitend, daß Stirling durch besondere Freundschaft mit von Papen verbunden sei. Dieser äußerte sich zuerst über den Ausgang der Reichstagswahl. Er, Papen, glaube, daß das deutsche Volk müde sei, von Parteien regiert zu werden. Er halte es nicht für notwendig, daß eine Regierung bestimmte Parteien hinter sich habe. Auf eine weitere Frage sagte Papen, daß bei den gegenwärtigen politischen Verhältnissen in Deutschland es ganz unmöglich sei, die Frage der Monarchie zu erörtern. Was die Frage der privaten Schulden Deutschlands betreffe, so könne er sagen, daß man sich überall ehrlich bemühe, diese Schulden zu zahlen. Man müsse aber bedenken, daß die Zahlungskraft Deutschlands in hohem Grade von seiner Ausfuhr abhänge. Nur durch gegenseitiges Vertrauen könne die Weltwirtschaft wieder gesunden.

„Politiken“ veröffentlicht eine Unterhaltung mit Reichswehrminister von Schleicher. Er sagte u. a., man müsse es verstehen, die Verantwortung zu tragen, einerlei, ob man wisse, was man wolle oder nicht. Der Reichskanzler von Papen habe die Ruhe. Er könnte mit der größten Höflichkeit sagen, er tue es nicht und dann tue er es nicht. Um ein Volk führen zu können, müsse man im Besitz eines reinen Gewissens sein. Man müsse an Cäsar oder an Friedrich den Großen denken, der gewiß ein großer Mann gewesen sei, aber den Teufel im Leibe hatte. Es gehöre eine gewisse Geschmeidigkeit dazu, die schwierigen Fragen zu lösen. Man habe in Deutschland niemals gewagt, dem Volk die Wahrheit zu sagen. Brüning habe es jedoch getan. Er habe ohne Beschönigung dem deutschen Volk die Wahrheit gesagt. Hindenburg sei mit der Schule Bonaparte zu vergleichen. Der Glaube könne Berge versetzen und ein Volk müsse etwas haben, an das es glauben könne, ebenso wie der einzelne Mensch.

*

Die Königsberger Presse zum Scheitern der Verhandlungen mit Hitler.

T.U. **Königsberg,** 14. Aug. Die „Königsberger Allgemeine Zeitung“ schreibt in ihrem Leitartikel am Sonntag zu der neuen Lage u. a.: Liegt nicht die Frage nahe, ob Hindenburg sich angesichts der ständigen Untätigkeit der Parlamente der letzten Jahre, praktische Arbeit zu leisten, nicht gezwungen fühlt, nicht eine Neuwahl des Reichstages, sondern eine Neuwahl einer neuen verfassungsgebenden Nationalversammlung auszuschreiben, die mit veränderter Wahlordnung bereits zusammengesetzt wäre?

Die „Ostpreußische Zeitung“ erklärt, jedes Partei- oder Koalitionskabinett wäre der Tod des kaum wiedererwachten nationalen Gedankens gewesen. Der N.S.D.A.P. war im Rahmen des Reichskabinetts Papen der Einfluß auf die Staatsführung angeboten worden. Der Einfluß des nationalen Willens wäre gestützt und unwiderstehlich gemacht worden. Da stellte Hitler Forderungen auf und diese Forderungen konnten einfach nicht bewilligt werden, sollte sich nicht der Generalfeldmarschall selbst zu einem Popans herabwürdigen.

Das „Königsberger Tageblatt“ führt aus, das bleibende Kabinett von Papen stehe einer erdrückenden parlamentarischen Phalanx gegenüber. Deshalb sei der einzige Weg gewesen, ein Präsidialkabinett mit Duldung des Zentrums und der Nationalsozialisten oder eine Koalitionsregierung zwischen diesen beiden Parteien. Beide Wege habe Hitler verschüttet.

Die „Frankfurter Zeitung“ zu dem Ausgang der Verhandlungen mit Hitler.

T.U. **Frankfurt a. M.,** 14. Aug. Die „Frankfurter Zeitung“ nimmt am Sonntag unter der Ueberschrift „Das Ende: ein Wortbruch“ zu dem Ausgang der Verhandlungen mit Hitler Stellung. Es heißt dort u. a.: Wer zwischen den Zeilen des amtlichen Communiques zu lesen versteht, der weiß, daß der Reichspräsident selbst und seine Berater, die davon überzeugt gewesen waren, durch ihre Politik das staatspolitische Wunder der Einbeziehung der N.S.D.A.P. in die Verantwortung für den bestehenden Staat vollbringen zu können, außerordentlich tief enttäuscht sein müssen. Wir erraten wohl die Gefühle dieser Persönlichkeiten, wenn wir sagen: sie können nichts anderes denken als: der Führer der Nationalsozialistischen Partei hat sein Wort gebrochen. Eines dürfte sicher sein: die innere Einstellung aller dieser Getäuschten gegenüber der N.S.D.A.P. und ihre Politik kann und wird davon nicht unberührt bleiben. Dies ist vielleicht das einzig Erfreuliche an der nunmehr geschaffenen Situation. Der Nachweis ist erbracht: Herr Hitler kann nicht, selbst wenn er im Grunde wirklich gewollt haben sollte. Aber sehr viel spricht dafür, daß diesem Mann die Bewegung, die er selbst geschaffen hat, über den Kopf gewachsen ist und daß er den Mut zu der Handlung nicht aufbringt, die er beabsichtigt hatte.

Verordnung über die Sicherung der Herbstdüngung

Berlin, 14 Aug. Der Herr Reichspräsident hat heute eine Verordnung zur Sicherung der Herbstdüngung unterzeichnet, wonach der Reichsminister der Finanzen ermächtigt wird, **für Forderungen aus Düngemittellieferungen an landwirtschaftliche Betriebe für die Herbstdüngung des laufenden Düngemitteljahres Bürgschaft bis zur Höhe von 14,2 Millionen RM. zu übernehmen.**

Auf Grund dieser Verordnung hat der Reichsminister der Finanzen den Düngemittelsyndikaten gegenüber eine Bürgschaft in Höhe von 14,2 Millionen RM. in gleicher Weise, wie es Anfang dieses Jahres für die Frühjahrsdüngung geschehen ist, übernommen.

Die Bedingungen — Vorwegübernahme eines Ausfalls von 10 Prozent seitens der letzten Verteilungsstelle, Begrenzung der Garantie auf 25 Prozent des Umsatzes der einzelnen Verteilungsstellen, Uebernahme einer Teilgarantie durch die Düngemittelsyndikate — sind die gleichen wie bei der Frühjahrsdüngung. Ein Pfandrecht an den Früchten der Ernte kommt aus dem Grunde nicht in Betracht, weil die Ernte herkömmlich aus den Erträgen der vorhergehenden Ernte abgedeckt wird.

Arbeitsbeschaffungsprogramm der Sozialdemokraten

Berlin, 14. Aug. Die neue sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat bereits eine **Reihe von Gesetzentwürfen vorbereitet,** die sie in der nächsten Woche beantragen will. Zu den politischen Anträgen gehört u. a. die **Zurückziehung des Reichskommissars in Preußen.** Die politischen Anträge gliedern sich in vier Gruppen. Die erste Gruppe verlangt die **Rückgängigmachung des Sozialabbaues** durch Aufhebung der Notverordnung vom 14. Juli 1932. Außerdem wird wieder die Gewährung einer Winterhilfe beantragt. Die zweite Gruppe von Anträgen bildet das Kernstück der sozialdemokratischen Forderungen. Sie verlangt die **Sozialisierung der Schlüsselindustrieen, Verstaatlichung der Großbanken, Enteignung des Großgrundbesitzes und die Besiedlung** des dadurch freiwerdenden Landes mit Landarbeitern und Kleinbauern. Die dritte Gruppe der sozialdemokratischen Anträge enthält ein umfangreiches **Arbeitsbeschaffungsprogramm.** Ferner soll die Arbeitszeit auf 40 Stunden in der Woche gekürzt und Ueberstunden sollen nur in Ausnahmefällen zugelassen werden. Die finanziellen Mittel, die sich aus diesen Anträgen ergeben, sollen u. a. aus dem Erdölmonopol, der Kürzung der hohen Gehälter und Pensionen und der Streichung von Ostabfindungen aufgebracht werden.

Deutschland und der Hoovervorschlag

Ein Kapitel zur Abrüstung

Von Paul Oskar Seidl

Bei der Bedeutung der Vereinigten Staaten für die endgültige Beseitigung der Tribut- und der Schuldenzahlungen kann Deutschland die jetzt erst klarer umrissene Stellungnahme der wichtigsten Staaten zum Hoover-Abrüstungsvorschlag nicht gleichgültig bleiben, auch wenn wir es ablehnen, die Tribute mit den Schulden und obendrein noch mit der Abrüstungsfrage verquicken zu lassen. Deutschlands Stellung in der Abrüstungsfrage ist so eindeutig, so klar, so einfach wie wir sie uns in allen anderen verwickelten Problemen der politischen und wirtschaftlichen Weltkrise nur immer wünschen könnten.

Wir rüsteten unter gründlichster internationaler Sachverständigen-Mitwirkung ab gemäß den Bestimmungen des Versailler Gewaltvertrages, die gegen uns eine durchweg übersteigerte, bis zur Roheit und Antastung unserer industriellen Lebensnotwendigkeiten vorstoßende Auslegung erfuhren. Man erinnere sich nur an den Versuch des vollkommenen Verbotes der Dieselmotore; ein Deutscher hat sie erdacht, und alle anderen wollten sie bauen, nur uns sollten sie für alle Zeiten fortgenommen werden. Aber wir beschweren uns über unseren Abrüstungsstand durchaus nicht, wenn die Gegenseite, wie das im Versailler Vertrag mit völlig unzweideutigen Worten verlangt und durch ein viertel Hundert Unterschriften der internationalen führenden Regierungsmänner feierlichst zugesagt worden ist, jetzt endlich ebenfalls auf den Wehrstand Deutschlands hinuntergehen würde. Sie tut es nicht. Infolgedessen wird Deutschland selbsttätig aus den Verpflichtungen des Versailler Gewaltvertrages frei und erhält damit das Recht zu einem Wehrum- und Aufbau, wobei selbstverständlich der allgemeinen Wehrpflicht wieder Raum geschaffen wird, der unserer geographisch-politischen und der internationalen wehrpolitischen Gesamtlage angemessen ist.

Daran gibt es nichts zu drehen und zu deuteln. Auf der Grundlage der Gleichberechtigung sind wir vermutlich die ersten und — darf man sagen — die einzigen, die auch dem Hoover-Abrüstungsvorschlag zustimmen würden, wenn alle anderen sich aufrichtig auf seinen Boden zurückziehen. Das aber darf man selbst für das Urheberland des Hoovervorschlages, die Vereinigten Staaten, billigerweise bezweifeln. Wie wenig Vertrauen ihm die Amerikaner selbst entgegenbringen und wie vorsichtig und zurückhaltend er deshalb auch von Deutschland aufgenommen werden muß, zeigen uns jene amerikanischen Sachverständigen-Aeußerungen, die Gefahren in dem Wortklang erblicken und seine Ablehnung mit dem Hinweis erhoffen, daß er auch in diesem, Hoover und seinen Landesleuten doch eigentlich unerwünschten Falle, „die moralische Position der Vereinigten Staaten“ sichere. Das heißt ins Deutsche übertragen: Hüten wir uns vor einer neuen Wilson-Lüge, die diesmal den Namen Hoover trägt. Sie soll nur dazu dienen, daß sich die Amerikaner einreden können, nicht unsittlich zu handeln, wenn sie auf ihren wucherischen Schuldscheinen bestehen.

Wer sich durch diese Ueberlegungen noch nicht von der Aussichtslosigkeit des Hoover-Vorschlages überzeugen lassen will, muß sich dazu wohl oder übel angesichts der Stellungnahme Japans entschließen. Japan ist der Staat, der — abgesehen von dem stets freundlichst mitbedachten England — durch den Hoover-Vorschlag eigentlich getroffen werden soll. Wir hören aus Washingtoner Kongreßkreisen, daß Hoovers Vorgehen das billigste Verfahren sei, mit Japan ein Rüstungsverhältnis auf allen Gebieten von 5:3 zu erreichen. Die japanische Regierung schloß sich schon jetzt dem „Bedenken“ der Admiralität an und wird den Hooverplan nicht einmal als Verhandlungsgrundlage betrachten.

Das enthebt uns nicht der Aufgabe, die Meinung der nächstwichtigen Staaten zum Hoover-Vorschlag zu hören, um so mehr, als dabei neue Verdächtigungen gegen Deutschland unter Verwendung alter bewährter Lügen ausgestreut werden. Was also sagen Frankreich, Polen und England? Dieser Staat macht es sich leicht. Er ist sozusagen Feuer und Flamme für den Hooverplan und noch amerikanischer als die Amerikaner. Lord Hailsham, der englische Kriegsminister, ließ sich vernehmen, daß die Stärke der englischen Landstreitkräfte erheblich unter der sich beim Hooverplan ergebenden Grenze läge. Für die Landstreitkräfte berechnen die Engländer diese Grenze mit 600 000 Mann, während sie noch nicht einmal die Hälfte unterhalten. Ueber die Flotte schweigen sie sich vorsichtig aus, was den Amerikanern vermutlich weniger behagen dürfte.

Polen verwahrt sich unter giftigsten Ausfällen gegen Deutschland und etwas gemilderten gegen Rußland gegen den Hooverplan, der ihm 65 000 Mann abknappeln würde. Seine besondere geographische Lage zwischen Deutschland und Rußland gestatte so etwas nicht. Frankreich, das von 681 000 auf 471 000 Mann heruntergehen müßte — und das ist die auch nach der Vertagung der Abrüstungskonferenz noch andauernde Gefahr — stellt sich neuerdings freundlich zum Hoovervorschlag, weil es dadurch Amerika in die gewünschte dauernde Kontrolle des Rüstungsstandes Deutschlands einschalten zu können glaubt. Wohin das führt, mag man daraus ersehen, daß die Schutzpolizei der deutschen Länder durch amtliche französische Stellen erneut als 150 000 „wie eine Feldtruppe ausgerüstete und ausgebildete Berufssoldaten“ bezeichnet wird. Als solche betrachtet Frankreich auch 41 000 Mann Landpolizei und Bahnschutz und errechnet lügnerisch 291 000 ausgebildete deutsche Truppen, die „auf das unerschöpfliche Reservoir der Soldaten der Wehrverbände“ zurückgreifen könnten.

Gib acht auf Orla!

ROMAN von ARNO HOHENFELD

VERTRIEBSRECHTE LITERATUR-VERLAG GLORIA BERLIN-STEGLITZ

35. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Melden Sie bitte der Frau Gräfin Raczkolni, daß wir sie zu sprechen wünschen.“

Die Befürchtung, daß die Dame sich unter einem anderen Namen hier aufhalte, erwies sich als unnötig, denn das Mädchen fragte:

„Wie ist Ihr Name und in welcher Angelegenheit wünschen Sie die Frau Gräfin zu sprechen?“

„In streng vertraulicher Sache, die wir ihr nur persönlich bekanntgeben können,“ antwortete Wolter und nannte seinen Namen und Stand.

Das junge Mädchen ging davon, die Kommissare warteten aber nicht, sondern traten ein und folgten ihm bis zu der Tür des Zimmers, in dem die Kleine verschwand.

Sie vernahmen einen Aufschrei und rissen die Tür auf.

In der Mitte des Zimmers stand Gräfin Raczkolni in einem eleganten Hauskleid, das ihre ausgezeichnete Figur voll zur Geltung kommen ließ, in ziemlich fassungsloser Haltung und starrte mit erschrockenem Blick die Eintretenden an.

„Was wollen Sie von mir?“ schrie sie auf.

Fränkel gab dem jungen Mädchen einen Wink, aus dem Zimmer zu verschwinden, doch dieses tat, als bemerkte sie nichts.

„Sie sollen das Zimmer verlassen!“ sagte er energisch.

„Nur, wenn es die Frau Gräfin befiehlt,“ bekam er zur Antwort.

Gräfin Raczkolni hatte sich einigermaßen wieder gefunden, sie zwang sich zur Haltung einer Dame von gesellschaftlichem Rang.

„Gehen Sie, Emma!“ befahl sie dem Mädchen, das sich nunmehr zurückzog. Dann machte sie eine Handbewegung auf bereitstehende Stühle, während sie sich den Männern gegenüber niederließ.

„Wenn ich recht unterrichtet bin, standen Sie in Beziehungen zu Herrn von Wemblin,“ nahm Wolter das Wort, der die schöne Frau scharf beobachtete.

Wie ein leidgebeugtes Wesen saß die Gräfin auf ihrem Platze, hatte die Hände im Schoß gefaltet, ergebungsvoll, nicht der leiseste Schimmer einer stolzen Schönheit war an ihr bemerkbar.

„Ja,“ hauchte sie schwach.

„Wollen Sie mir bitte ausführlich erzählen, welcher Art Ihre Verbindung mit Herrn von Wemblin war.“

Sie antwortete nicht sofort, ihr Atem ging schwer, man sah auf den ersten Blick, daß sie in einem schrecklichen Seelenkampf lag und daß es ihr unsagbar qualvoll war, dem Wunsche Fränkels nachzukommen.

„Herr Kommissar . . .“

Langsam hatte sie den Kopf gehoben und schaute zu Fränkel hin, der auf ihre Mitteilungen wartete, doch kaum hatte sie die Anrede herausgebracht, verstummte sie wieder. Dabei verriet ihr Ton, daß sie im Begriff war, frei und offen zu reden, und auch eine dementsprechende Bewegung bezeugte diese ihre Absicht.

Warum tut sie es nicht, fragte sich Wolter, warum wandelt sich mit einem Male wieder ihre Miene, warum liegt in ihrem Blick solch starrer Ausdruck? Man könnte meinen, sie säye den erschossenen Wemblin vor seinem Schreibtisch und das Grauen packe sie bei der Erinnerung an die Stunde seines Todes.

„Sie vergessen, mir die erbetene Aufklärung zu geben, Frau Gräfin,“ erinnerte er sie.

Schreckhaft zuckte sie zusammen, sie mußte wirklich in einer ganz anderen Welt geweilt haben. Ihre Hände bewegten sich nervös, ihre Finger krampften sich, ein Kampf war in ihr entbrannt.

Fränkel warf Wolter einen Blick zu, in dem deutlich stand: „Sie sucht nach einer Ausrede, nach der besten Lüge, die sie uns vorsetzen kann.“

Gleichzeitig hatte er Wolter leicht mit dem Fuß angestoßen, um ihn zu veranlassen, ihn anzusehen. Das tat Wolter auch, dabei glitt sein Blick über die gleitzende Fläche eines Spiegels, der seitlich etwas im Hintergrund stand und gewahrte darin das Gesicht eines Mannes, der durch den Spalt der in Wolters Rücken befindlichen Tür hereinlugte.

Wie ein Stich traf Wolter diese Entdeckung, die die Lösung für das merkwürdige Verhalten der Gräfin war, die sprechen wollte und es nicht wagte. Doch der Umstand an sich, so überaus interessant er auch sein mochte, hätte Wolter niemals so aufgeregt, wie er es tatsächlich war, daß er beinahe alle Vorsicht außer acht gelassen und von seinem Platze aufgesprungen wäre. Nein, dieses plötzliche, bis ins Innerste Aufgewühltsein entsprang einer anderen Veranlassung. Der Mann, der da heimlich ins Zimmer hereinschaute, dessen geradezu hypnotischer Blick machtvoll auf die Gräfin gerichtet war, glich demjenigen, dessen Signalement sich scharf in sein Gedächtnis eingeprägt hatte und dem irgendwann einmal zu begegnen sein heißester Wunsch war.

Es fiel ihm schwer, sich harmlos zu geben, nicht mehr in den Spiegel zu sehen, sondern sein ganzes Augenmerk auf die Gräfin zu richten, zu tun, als sei er völlig ahnungslos, aber es mußte sein, wenn er das Unternehmen nicht gefährden wollte.

„Da es Ihnen anscheinend schwer fällt, Frau Gräfin, mir eingehend zu antworten, halte ich es für richtiger, durch ein paar Fragen zu erfahren, was ich wissen muß. Wann waren Sie das letzte Mal in der Wohnung Wemblins?“

„Ich soll dort gewesen sein? Wer behauptet das?“

„Es dürfte wohl richtiger sein, meine Frage ohne Umschweife zu beantworten. Also, bitte!“

Die Gräfin hob den Blick, sah scheinbar ins Leere mit nachdenklicher Miene und befragte doch nur, wie Wolter durch einen raschen Streifer feststellte, den Mann im Türspalt, was sie antworten solle, der ihr in der Zeichensprache der Taubstummen die Worte übermittelte.

„Ich vermag das nicht genau anzugeben.“

„Vielleicht wird es Ihnen allmählich möglich, wenn Sie sich zunächst der Ursache erinnern, die Sie veranlaßte, Herrn von Wemblin einen Besuch zu machen.“

„Warum ich ihn besuchte, weiß ich augenblicklich auch nicht, es wird wohl eine belanglose Sache gewesen sein.“

(Fortsetzung folgt.)